

Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	25
§ 1 Zur Einführung	37
I. Erste Eindrücke	37
II. Was kann das Internet?	41
1. Der Grundsatz	41
2. Informationen zugänglich machen	41
3. Neue Formen der Kommunikation ermöglichen	44
4. Information und Kommunikation ohne Staatsgrenzen werden selbstverständlich	46
a) Die positive Seite	46
b) Die Ohnmacht von Staat und Recht	47
5. Das Internet schafft Kontrollpotenzial	51
a) Beispiel www	51
b) Beispiel E-Mail	52
c) Das Problem der Verschlüsselung	53
III. Auswirkungen auf die Arbeit	54
1. Prinzipielle Entwicklungstrends	54
2. Veränderungen in den bestehenden Betrieben	56
a) Veränderte Arbeitsbedingungen	56
b) Kontrollmöglichkeiten	57
c) Auslagerung von Arbeitsplätzen	57
3. Die Tätigkeit im IT-Sektor	58

4.	Einschätzung	60
a)	Die schöne Arbeitswelt	60
b)	... kennt Unterschiede in den Lebenschancen	60
c)	... und hat sehr wenig mit Demokratie zu tun	61
d)	Trotz allem gibt es Spielräume	62
5.	Probleme für das Arbeitsrecht	63
§ 2	Die Einführung von Internetanschlüssen	66
I.	Erscheinungsformen	66
II.	Die arbeitsvertragsrechtliche Zulässigkeit	67
1.	Das Direktionsrecht als Grundlage	67
2.	Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	70
III.	Das Problem der Weiterqualifizierung	70
1.	Anspruch des Arbeitnehmers auf Weiterbildung?	71
a)	§ 81 BetrVG	71
b)	Nebenpflicht des Arbeitgebers zur Schaffung der Voraussetzungen für die Arbeit	71
c)	Tragweite der Arbeitgeberpflicht	73
d)	Einbeziehung der Arbeitszeit	73
2.	Pflicht des Arbeitnehmers zur Weiterqualifizierung	74
IV.	Beteiligungsrechte des Betriebsrats	75
1.	Allgemeine Aufgaben und Informationsrechte	75
2.	Beratungsrechte	76
3.	Mitbestimmungsrechte	77
a)	Mitbestimmung des Betriebsrats bei Versetzungen nach § 99 i. V. m. § 95 Abs. 3 BetrVG	78
aa)	Vorliegen einer Versetzung	78
bb)	Übergehung des Betriebsrats	80
cc)	Zustimmungsverweigerung	80
b)	Mitbestimmung bei Weiterbildungsmaßnahmen	81
c)	Anschluss ans Intranet und ans Internet als Betriebsänderung?	83
aa)	Grundlegende Änderung der Betriebsorganisation	83
bb)	Grundlegende Änderung der Betriebsanlagen	84

cc) Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden . . .	85
dd) Etappenweise Einführung	86
ee) Interessenausgleich und Sozialplan	86
ff) Anspruch auf einen Berater	87
d) Weitere Mitbestimmungsrechte	88
V. Beteiligungsrechte des Personalrats	88
1. Allgemeine Aufgaben und Informationsrechte des Personalrats	89
2. Anhörungs- und Mitwirkungsrechte	90
3. Mitbestimmungsrechte	91
4. Konkurrenzprobleme	92
VI. Arbeitsschutzrecht	92
1. BildschirmarbeitsVO	93
2. Mitbestimmung des Betriebsrats	95
VII. Verlängerung der Arbeitszeit	96
1. Einige Fakten	96
2. Vertrauensarbeitszeit und Zielvereinbarung	97
3. Mitbestimmung des Betriebsrats	98
§ 3 Unerlaubte private Nutzung des Internetanschlusses und andere Pflichtverstöße des Arbeitnehmers	99
I. Einleitung	99
1. Denkbare Fälle	99
2. Der Diskussionsstand	100
3. Rechtsprobleme	100
II. Private oder dienstliche Nutzung?	101
1. Was ist dienstliche Nutzung?	101
2. Privatnutzung aus dienstlichem Anlass	102
3. Privatnutzung	102

III.	Erlaubte Internetnutzung zu privaten Zwecken	103
	1. Das Grundprinzip: Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers	103
	2. Ausdrückliche oder konkludente Erlaubnis	104
	3. Rücknahme der Erlaubnis?	107
	4. Missbrauchsfälle	108
IV.	Beschränkung der Internetnutzung auf dienstliche Zwecke – Sanktionen bei Verstößen	110
V.	Sonstige Pflichtverstöße	112
	1. Nichtbenutzung der neuen Technik	113
	2. Unsachgemäßer Umgang mit der Technik und Computersabotage	114
	3. Bruch der Vertraulichkeit	116
	4. Beleidigende Äußerungen und andere strafbare Handlungen	117
	5. Sexprobleme und gewaltverherrlichende Darstellungen	118
§ 4	Das Kontrollpotenzial des Arbeitgebers und seine Begrenzung durch den Arbeitnehmerdatenschutz	120
I.	Die Problematik	120
	1. Spuren im Netz	120
	2. Gezielte Überwachung	121
	3. Nutzen und Nachteil technisierter Kontrolle	122
	4. Der rechtliche Rahmen	123
II.	Anwendung des Telekommunikationsrechts im Arbeitsverhältnis?	124
	1. Zur Einführung	124
	a) TKG, TDG, MDStV, BGB	124
	b) Vorschriften zum Datenschutz	126
	2. Anwendung der §§ 85 ff. TKG im Arbeitsverhältnis?	127
	3. Anwendbarkeit des TDDSG im Arbeitsverhältnis?	129
	4. Allgemeiner Arbeitnehmerdatenschutz	129

III. Kontrolle der dienstlichen Nutzung von Einrichtungen der Telekommunikation	130
1. Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers	130
2. Übertragung auf die aktuelle Situation	132
3. Konkrete Konsequenzen	133
a) Behandlung von E-Mail	133
b) Kommunikation im Intranet	135
c) Nutzung des Internet	136
4. Arbeitnehmer mit Sonderstatus	138
a) Träger von Berufsgeheimnissen	138
b) Beschäftigte mit fachlicher Unabhängigkeit	140
b) Wissenschaftler	140
5. Verwertungsverbot	141
IV. Kontrolle der privaten Nutzung von Einrichtungen der Telekommunikation	142
1. Anforderungen des TKG	142
a) Wahrung des Fernmeldegeheimnisses nach § 85 TKG	142
b) Technische Schutzmaßnahmen nach § 87 TKG	143
2. Anforderungen des TDDSG und des MDStV	144
V. Mitbestimmung des Betriebsrats	146
1. Der Tatbestand des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	146
2. Anwendung auf E-Mail, Intranet und Internet	148
3. Ausübung des Mitbestimmungsrechts	149
4. Gestaltungsspielraum	150
5. Einzel- oder Gesamtbetriebsrat?	151
6. Rahmenbetriebsvereinbarungen	151
VI. Mitbestimmung des Personalrats	152
1. Der Grundsatz	152
2. Konkretisierung durch die Rechtsprechung	152
3. Konsequenzen	154

§ 5	Arbeitnehmerdaten im Netz	155
I.	Sachverhalte	155
II.	Übermittlung von Arbeitnehmerdaten an ein anderes Konzernunternehmen im Inland	156
	1. Anwendung des TKG und des TDDSG	156
	2. Zulässigkeit nach BDSG	158
	a) Einwilligung	158
	b) Rechtfertigung nach § 28 BDSG	162
	c) Zulassung durch Konzernbetriebsvereinbarung	164
	d) Auftragsdatenverarbeitung?	165
	e) Sensible Daten	165
III.	Übermittlung von Arbeitnehmerdaten an ausländische Niederlassungen des Konzerns	165
	1. Anwendbarkeit des BDSG	166
	2. Inhaltliche Regelungen zur Datenübermittlung über die Grenze	167
IV.	Arbeitnehmerdaten im Internet	168
	1. Die bewusste Verwendung im Internet	168
	2. Sonstige Arbeitnehmerdaten im Internet	171
§ 6	Das Internet-Arbeitsverhältnis	173
I.	Ein neues Phänomen?	173
II.	Abschluss, Veränderung und Beendigung des Arbeits- verhältnisses per Internet	175
	1. Der Grundsatz	175
	a) Formfreiheit	175
	b) Anforderungen des Nachweisgesetzes	176
	2. Die Schriftform nach § 623 BGB	177
	3. Tarifliche Schriftform	177

III.	Die arbeitsrechtliche Behandlung ausgelagerter Arbeitsplätze	178
	1. Ansätze in der Gegenwart	178
	2. Arbeitnehmer oder Selbstständiger?	181
	3. Betriebszugehörigkeit	183
	4. Arbeitsschutz	184
	5. Praktische Probleme der Kommunikation mit den Arbeitskollegen	185
	a) Betriebsverfassung	186
	b) Kommunikation mit den Arbeitskollegen	187
	6. Zurückgebliebenes Arbeitsrecht?	188
IV.	Das grenzüberschreitende Internet-Arbeitsverhältnis	188
	1. Begriff und potenzielle praktische Bedeutung	188
	2. Anwendbares Arbeitsrecht	189
	a) Klage des im Ausland tätigen Arbeitnehmers	190
	b) Klage eines in Deutschland tätigen Arbeitnehmers gegen seinen ausländischen Arbeitgeber	192
V.	Arbeitsrecht im virtuellen Unternehmen	194
	1. Annäherungen an einen Begriff	194
	2. Arbeitsrechtliche Konsequenzen	195
	a) Normen passen nicht mehr ...	195
	b) ... doch Abhilfe ist möglich	196
§ 7	Informationstechnik für Betriebsrat und Personalrat	198
I.	Die Problematik	198
II.	Der Anspruch des Betriebsrats auf einen PC	199
	1. Die Grundsatzfrage	199
	a) Die bisherige BAG-Rechtsprechung	199
	b) Kritik und gesetzliche Neuregelung	202
	c) Argumentationsmöglichkeiten des Betriebsrats auf der Grundlage der BAG-Rechtsprechung	203
	2. Ausstattung im Einzelnen	204
	3. Regelungsabrede	207

III.	Einschaltung des Betriebsrats ins Intranet	207
1.	Der Zugang als solcher	207
a)	Die Rechtsprechung des BAG.	207
b)	Bezug zu den Aufgaben des Betriebsrats	208
c)	Wer entscheidet über das Medium der Kommunikation?	209
d)	Gegeninteressen des Arbeitgebers?	211
e)	Umfang der Nutzung	211
f)	Benachteiligungsverbot	212
g)	Geräte für Arbeitnehmer ohne Netzanschluss	213
2.	Informationsangebot des Betriebsrats: Die Homepage im Intranet	213
a)	Die Grundsatzfrage	213
b)	Ausgestaltung im Einzelnen	214
c)	Das Informationsangebot	215
4.	Kontrolle durch den Arbeitgeber?	218
5.	Vereinbarungen	219
IV.	Anspruch auf einen Internetanschluss	219
1.	Diskussionsstand	219
2.	Aufgabenbezug	221
3.	Entscheidungsrecht des Betriebsrats	222
4.	Kosten	222
5.	E-Mail-Anschluss	223
V.	Homepage im Internet?	224
1.	Anspruch?	224
2.	Gestattung durch den Arbeitgeber und Ausgestaltung der Homepage.	224
VI.	Besonderheiten beim Personalrat?	225
§ 8	Gewerkschaftliche Werbung und Information im Netz	226
I.	Die Problematik	226

II.	Gewerkschaftliche Information und Werbung per E-Mail?	227
1.	Der Ausgangspunkt: Der Schutzbereich des Grundrechts der Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG	227
a)	Die bisherige Entwicklung der Rechtsprechung	228
b)	Die Entscheidung des BVerfG vom 14. 11. 1995	229
2.	Anwendung auf den Fall der Information und Werbung durch E-Mail	231
a)	Private E-Mail-Nutzung erlaubt	231
b)	Nur dienstliche E-Mail-Nutzung erlaubt	231
3.	Verhalten einzelner Arbeitnehmer	233
a)	Handeln als Gewerkschaftsmitglied	233
b)	Reaktion als Angesprochener	233
c)	Eigene Initiativen des Arbeitnehmers	234
4.	Sonderregeln für den Betriebsrat?	234
III.	Gewerkschaftliche Information und Werbung im Intranet	235
1.	Zugang der Gewerkschaft als Organisation zum Intranet?	235
2.	Gewerkschaftliche Information und Werbung im Intranet durch Arbeitnehmer des Betriebs?	235
3.	Sonderregeln für den Betriebsrat?	237
IV.	Gewerkschaftliche Homepage im Intranet?	237
1.	Die Grundsatzfrage	237
2.	Einzelfragen	238
V.	Vereinbarungen	239
§ 9	Ein Problem für Informatiker: Schutzrechte an Ideen	241
I.	Einführung	241
1.	Zur Notwendigkeit, das geistige Eigentum zu schützen	241
a)	Der Ausgangspunkt: Die Bedeutung neuer Konzepte	241
b)	Argumente gegen einen Schutz	242
c)	Argumente dafür	243
d)	Besonderheiten im Internet-Zeitalter	244

2.	Die verschiedenen Arten von »geistigem Eigentum«	244
a)	Patente und Gebrauchsmuster	244
aa)	Voraussetzungen der Patentfähigkeit	244
bb)	Rechte des Erfinders	245
cc)	Ausnahmen	246
dd)	Inhalt des Schutzrechts	246
b)	Urheberrechte	247
aa)	Was ist urheberrechtsfähig?	247
bb)	Entstehung	247
cc)	Schutzinhalt	247
dd)	Dauer	248
c)	Geschmacksmuster	248
d)	Sonstige Schutzrechte	249
3.	Die Einordnung von Computersoftware	250
4.	Schöpferische Leistungen im Arbeitsverhältnis	252
II.	Arbeitnehmer-Erfinderrecht	253
1.	Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Personen	253
2.	Die Behandlung von Dienstervfindungen	254
3.	Freie Erfindungen	257
4.	Technische Verbesserungsvorschläge	257
5.	Streitigkeiten	258
III.	Arbeitnehmer-Urheberrecht	259
1.	Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Person	259
2.	Der Arbeitnehmer-Urheber im Allgemeinen	260
a)	Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des Arbeitsvertrags?	260
b)	Übertragung der Verwertungsrechte	261
c)	Die Frage der Vergütung	262
d)	Anbietungspflicht bei außerdienstlichen Werken?	262
e)	Einschränkungen des Urheberpersönlichkeitsrechts?	263
3.	Urheberrechte an Computersoftware	263
4.	Rechtsweg	265
IV.	Geschmacksmuster	265
V.	Sonstige Schutzrechte	267

§ 10	Mögliche Inhalte von Betriebsvereinbarungen	268
I.	Einführung	268
II.	Der formale Rahmen	270
	1. Zuständige Interessenvertretung	270
	2. Geltungsbereich	270
	3. Zielsetzung und Präambel	271
	4. Geltungsdauer und Nachwirkung	272
	5. Text und Anhang	273
III.	Probleme der Einführung	274
	1. Erhaltung der Arbeitsbedingungen	274
	2. Qualifizierung	276
	3. Gleichbehandlungsgrundsatz	277
IV.	Die Behandlung von E-Mail	277
	1. Dienstliche und private Zwecke	277
	2. Vertraulichkeit von E-Mails	279
	3. Protokoll- und Verbindungsdaten	281
	4. Abwesenheit des Anschlussinhabers	282
	5. Postmaster	283
	6. Benutzung von E-Mail zur innerbetrieblichen Meinungsbildung	283
V.	Die Regelung des Zugangs zum Internet	284
VI.	Verwertungsverbote	285

Anhang: Nützliche Internet-Adressen für Menschen, die am Arbeitsrecht interessiert sind	286
I. Gesetzestexte	286
II. Rechtsprechung	287
III. Sonstige nützliche Adressen	289
1. Wenn man einen Anwalt sucht	289
2. Man braucht einen Experten in Technologiefragen	289
3. Wer mehr über Datenschutz oder Telearbeit wissen will	290
4. Informationen vom Arbeitsamt	290
5. Texte von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen sowie Beispiele von Websites.	291
6. Arbeitsschutz	292
IV. Gewerkschaften	292
1. IG Metall	292
2. ver.di	293
3. IG Bergbau Chemie Energie	293
4. DGB	294
5. Hans-Böckler-Stiftung	294
V. Arbeitgeberverbände	295
VI. Politische Instanzen	295
1. Bundesregierung	295
2. Bundesministerien	296
3. Einzelinitiativen	296
4. Deutscher Bundestag	296
VII. Europa und Internationales	297
1. EU	297
2. ILO	297
3. Internationale Gewerkschaften	298
VIII. Newsgroups	298
Stichwortverzeichnis	299